

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Deutschen Steinarbeiter-Verbandes

Schriftleitung und Verbandsstelle: Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Hinterhaus)  
Fernruf Lügow 5583/84 / Erscheint wöchentlich / Bezugspreis: Vierteljährlich 2,50 RM.  
Bestellungen nur durch die Post / Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch unsere  
Verbandsstelle finden nicht statt



Anzeigengebühr: Die 6 gespaltene mm-Zeile — 25 RM. / Aufnahme nur bei vorheriger  
Gebühreinsendung auf Postfach Berlin NW Nr. 10569: Deutscher Steinarbeiter-  
Verband, Berlin W 9, Königin-Augusta-Straße 12 (Hinterhaus) / Blattschluß ist  
Sonntags vormittags

37. Jahrgang

Berlin, den 30. September 1933

Nummer 39

## Der umfassende Arbeitsplan der Regierung Hitler

Die Rettung der Gemeinden vor dem Zusammenbruch - Gesundung der Kommunal Finanzen durch Konsolidierung der kurzfristigen Schulden und Sanierung des Haushalts durch starke Entlastung von Wohlfahrtsausgaben - Tatkräftige Weiterführung der Arbeitsbeschaffung - Lösung der Starre auf dem Geld- und Kapitalmarkt

Der vom Führer geschaffene und zur ersten Arbeitstagung einberufene Generalrat der Wirtschaft war heute vollständig in der Reichskanzlei versammelt. Der Generalrat der Wirtschaft, der bekanntlich die Aufgabe hat, die Reichsregierung in allen bedeutenden wirtschaftspolitischen Fragen mit Rat und Tat zu unterstützen, nahm die Vorlagen zur Kenntnis, die das Reichskabinett am Dienstag beschäftigt haben.

An der heutigen Sitzung des Generalrates nahmen teil: der Reichswirtschaftsminister Schmitt, der am Vormittag den Vorsitz führte und einen einleitenden Vortrag hielt, ferner die Reichsminister Graf Schwerin von Krosigk, Darré, Dr. Goebbels, Gürtner, Selbte und Elz v. Rübenaeh, der Preussische Finanzminister Dr. Popitz, die Staatssekretäre Lammer, Reinhardt, Junz und Feder, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, Vizepräsident der Reichsbank Dresje und die Ministerialdirektoren Ritter und Bosse.

Im Mittelpunkt der Beratungen stand zunächst ein groß angelegter Vortrag des Reichswirtschaftsministers Dr. Schmitt über die vom Reichskabinett beschlossenen Maßnahmen zum Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und dann am Abend grundsätzliche Ausführungen des Führers. Der Reichswirtschaftsminister hat in seinem Vortrag, den wir ausführlich an anderer Stelle wiedergeben, dem Generalrat davon Mitteilung gemacht, daß das Reichskabinett folgende Maßnahmen beschlossen hat:

Gesundung der Kommunal Finanzen durch Konsolidierung der kurzfristigen Schulden und Sanierung des Haushalts der Gemeinden durch starke Entlastung von Wohlfahrtsausgaben. Tatkräftige Weiterführung der Arbeitsbeschaffung und Lösung der Starre auf dem Geld- und Kapitalmarkt und Bereitstellung von 500 Millionen Reichsmark für Hausreparaturen, Eigenheimbau usw.

### Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt verkündet das Programm

Am Mittwoch tagte der Generalrat der Wirtschaft vor- mittags zunächst unter dem Vorsitz des Reichswirtschafts- ministers Dr. Schmitt.

Zu Beginn der Verhandlungen umriß der Reichswirt- schaftsmi- nister zunächst nochmals die Aufgaben des General- rats der Wirtschaft. Der Generalrat ist nach den Absichten der Reichsregierung als ein kleiner Kreis von Persönlich- keiten gedacht, der die Reichsregierung schnell und tatkräftig zu beraten in der Lage ist. Seine Mitglieder sind daher einzig und allein nach ihrer persönlichen Eignung ausgesucht worden. Die Mitglieder sollen sich — darauf legt die Reichs- regierung entscheidenden Wert — nicht als Vertreter be- stimmter Wirtschaftsinteressen fühlen; sie sollen die Gesamt- wirtschaft vertreten und der Reichsregierung als Vertreter der deutschen Volkswirtschaft beratend zur Seite stehen. Sie sollen ferner die Wirtschaft unmittelbar beraten und durch Anregungen fördern.

### Der Wirtschaftsplan

Im Anschluß hieran gab der Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt dem Generalrat den umfassenden Wirtschafts- plan der Reichsregierung bekannt.

Danach hat die Reichsregierung den Generalrat im gegen- wärtigen Augenblick einberufen, um mit ihm neue grund- legende Pläne zu beraten, die dem Ziele einer weiteren nachhaltigen Besserung der Wirtschaftslage Deutschlands dienen.

Schon jetzt ist eine kräftige Belebung der deutschen Wirt- schaft unverkennbar. Das wird besonders klar, wenn man sich vergegenwärtigt, in welchem Zustand die Regierung der nationalen Revolution die deutsche Volkswirtschaft am Anfang dieses Jahres übernommen hat. Damals befand sich die deutsche Volkswirtschaft auf dem tiefsten Punkt, den

sie seit langen Jahren, nicht nur im Verlauf der jetzigen Wirtschaftskrise, erreicht hat.

Im Januar dieses Jahres betrug die Zahl der Arbeits- losen über 6 Millionen. Sie ist bis heute um 2 Millionen gesunken. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer hatte nach der Monatsstatistik der Krankenkassen im Januar 1933 mit 11,5 Millionen den tiefsten Stand erreicht. Heute sind wieder etwa 13 1/2 Millionen Beschäftigte im Arbeitsprozeß.

Dabei hat sich die durchschnittliche Arbeitszeit beträchtlich gehoben. Die Beschäftigungszahl steigt auch jetzt noch. Ins- besondere ist auch die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung gegenüber den entsprechenden Zeiten der Vorjahre unver- kennbar.

Im August dieses Jahres, um nur eine Vergleichszahl zu nennen, waren über eine Million Volksgenossen mehr be- schäftigt als im August 1932. Diese günstige Entwicklung ist auf die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Regierung zurückzuführen.

Von den über 2 Millionen Arbeitskräften, die in den letzten acht Monaten eingestellt wurden, verdanken allein etwa 300 000 ihre Beschäftigung unmittelbar den Arbeits- beschaffungsmaßnahmen des Reichs, der Reichsbahn und der Reichspost. Die große Zahl der anderen Beschäftigten verdankt ihr Brot den Aufträgen der Länder, Gemeinden und der anderen öffentlichen Körperschaften, vor allem aber der durch die Maßnahmen der Reichsregierung wieder kräftig gestärkten Initiative der Privatwirtschaft.

Ich darf gerade hier besonders hervorheben, daß der Kampf der Reichsregierung gegen die Arbeitslosigkeit sich im Gegensatz zu den früheren Arbeitsbeschaffungsversuchen nicht darauf beschränkt, durch unmittelbare Aufträge der öffentlichen Hand einigen Industriezweigen Absatz zu ver- schaffen; schon die seitherigen Maßnahmen haben vielmehr durch das ganz neue System der mittelbaren Arbeitsbeschaf- fung, durch Steuererleichterungen, Ehestandsdarlehen, Be- darfsdeckungsscheine, Zuschüsse für verschiedene Zwecke usw. die private Initiative auf breiter Grundlage belebt. Diese Maßnahmen stehen dabei erst am Anfang ihrer Durch- führung, sie werden also in immer steigendem Maße Arbeits- kräfte in das Erwerbsleben zurückbringen.

Ich darf hier hervorheben, daß die Reichsregierung bei allen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft besondere Pflege hat angedeihen lassen.

Bei der Förderung der Bauwirtschaft ist sie von der alten Erfahrung ausgegangen, daß die Belebung der Bautätig- keit die entscheidende Voraussetzung für einen allgemeinen Wirtschaftsaufstieg ist und daß die stärksten Anstöße für die Wiederbelebung der allgemeinen Wirtschaftstätigkeit vom Baumarkt ausgehen. Schon zwei Monate nach der Über- nahme der Regierung durch die nationale Revolution hatte die Beschäftigung auf dem Baumarkt den Vorjahresstand weit überschritten. Diese kräftige Aufwärtsbewegung hat sich inzwischen in wirksamer Weise fortgesetzt.

Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, wird der Wert der baugewerblichen Produktion im laufenden Jahr um mehr als die Hälfte größer sein als 1932.

Dieser Aufschwung hat sich erfreulicherweise auch der Landwirtschaft mitgeteilt. Deutschland wird in steigendem Maße durch seine heimische Landwirtschaft versorgt. Auf wichtigen Gebieten ist es schon heute Selbstversorger. Diese Entwicklung wird sich infolge der weitgehenden Regierungs- maßnahmen zum Schutze der heimischen Produktion sehr rasch fortsetzen. Daß dabei die Reichsregierung entschei- denden Wert darauf legt, der Landwirtschaft ausreichende Er- löse zu sichern, geht aus den agrarpolitischen Maßnahmen der letzten Tage hervor.

Der Belebung der Wirtschaft kann das deutsche Volk klar entnehmen, daß die Reichsregierung mit ihren Maßnahmen

auf dem rechten Wege ist. Alle Erfolge können und sollen das deutsche Volk aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß

erst die erste Etappe der Arbeitschlacht gewonnen

ist und daß noch ein weiter Weg bis zum endgültigen Sieg über die wirtschaftliche Not zurückzulegen ist. Die Reichs- regierung hat daher mit dem Generalrat der Wirtschaft neue Pläne beraten, die eine weitere organische Besserung der Wirtschaftslage zum Ziel haben.

Der Ausgangspunkt für diese Pläne war nach der wirt- schaftlichen Gesamtlage klar gegeben. Die unheilvolle Schrumpfung, die sich in allen Industrieländern, vor allem aber in Deutschland und in den Vereinigten Staaten voll- zog, findet ihren deutlichsten Ausdruck darin, daß der Auf- wand für Erneuerung und Neuinvestition in der Wirtschaft auf einen geringen Bruchteil des Umfangs zurückgegangen ist, den er vor der Krise ausmachte. Hierin haben wir

die fundamentale Ursache der Krise

und der Schrumpfung zu erblicken.

Demgemäß muß die Wirtschaftspolitik darauf abzielen, Erneuerungsbedarf und Investitionsbedarf wieder zu wecken. Gelingt dies auch nur in einigermaßen nennens- wertem Umfang, so wird der wichtigste Schritt zur wirt- schaftlichen Wiedergesundung getan sein. Hierauf hat die Reichsregierung ihre Politik abgestellt. Wir erwarten da- bei, wie ich schon hervorhob, die Gesundung der Wirtschaft auf die Dauer nicht von einer stärkeren Betätigung des Staates in der Wirtschaft, sondern von der wieder wachsen- den Initiative der Unternehmungen.

Das bedeutet aber nicht, daß der Staat untätig sein dürfte. Seine Aktivität hat sich vielmehr in erster Linie darauf zu richten, in seinem eigenen Bereich Ordnung zu schaffen. Nur so kann er verhindern, daß von der öffentlichen Wirtschaft her die private Wirtschaft neue Störungen oder Hemmungen erfährt. Darüber hinaus darf und soll er in der Depression noch einen Schritt weitergehen. In dieser Zeit muß er — auch das geht auf alte Erfahrungsjahre zurück — im traditionellen Bereich seiner Aufgaben plan- mäßig Arbeiten durchführen, die entweder bisher zurück- gestellt waren oder in nächster Zukunft auszuführen wären. Arbeitsbeschaffungsprogramme, die sich in diesem Rahmen halten, sind unzweifelhaft rationell, da sie keine Übersteige- rung des öffentlichen Aufwandes, sondern nur die Ver- lagerung dieses Aufwandes in die Konjunkturphase be- deuten, in der ihre Ausführung neben dem unmittelbaren Zweck noch mittelbar die bedeutsame Aufgabe einer all- gemeinen Belebung der Nachfrage und der Anregung der Konjunktur erfüllt.

Daraus ergeben sich klar folgende

### Grundlinien des Planes

den die Reichsregierung nach der heutigen Beratung mit dem Generalrat durchzuführen beschlossen hat:

1. Gesundung der Kommunal Finanzen durch Konsolidierung der kurzfristigen Schulden und Sanierung des Haushalts durch starke Entlastung von Wohlfahrtsausgaben;
2. energische Weiterführung der Arbeitsbeschaffung;
3. Lösung der Starre auf dem Geld- und Kapitalmarkt.

Im Mittelpunkt dieses Planes steht die Gesundung der Kommunalwirtschaft. Die Reichsregierung hat ein Gesetz über die Umwandlung kurzfristiger Inlandsschulden der Gemeinden,

das Gemeindeumschuldungsgesetz,

verabschiedet. Sie ist hierbei davon ausgegangen, daß eine Ordnung der Gemeindefinanzen auf die Dauer nicht möglich ist, wenn nicht der Schuldendienst unter gleichzeitiger durch- greifender Sanierung der Haushaltsgebarung auf eine

tragbare Grundlage zurückgeführt wird. Die Reichsregierung hat auf der anderen Seite sich bemüht, dem Gesichtspunkt Rechnung zu tragen, daß Eingriffe in die Rechte der Gläubiger nach Möglichkeit vermieden werden. Die Verschuldung der Gemeinden, insbesondere die etwa zwei Milliarden Reichsmark betragenden kurzfristigen Schulden bilden aber ein Problem, das für die Finanzgebarung der öffentlichen Körperschaften ernste Gefahren in sich birgt und den Geld- und Kapitalmarkt immer wieder beunruhigt, und das deshalb unter allen Umständen zu einer Lösung gebracht werden muß.

Das Gesetz berechtigt alle deutschen Gemeinden, die bei ihren kurzfristigen Schulden Zahlungsschwierigkeiten gegenüberstehen, mit Genehmigung der obersten Landesbehörde einen Umschuldungsverband als Mitglied beizutreten. Hierbei ist daran gedacht, diese Genehmigung nur solchen Gemeinden zu erteilen, die ohne eine derartige Umschuldung ihren Schuldendienst nicht erfüllen können. Kurzfristige Forderungen sind im Sinne des Gesetzes solche Kapitalforderungen, die bereits fällig geworden sind oder die bis zum 31. März 1935 fällig werden. Lieferantenforderungen, zu denen auch die Forderungen der Handwerker gehören, Zins- und Tilgungszahlungen für langfristige Darlehnsforderungen sowie Aufwertungsforderungen sind ausdrücklich ausgenommen. Für die kurzfristigen ausländischen Schulden bedurfte es keiner besonderen Regelung, weil sie unter bis Kreditabkommen der deutschen öffentlichen Schuldner fallen.

Die Gemeinden, die Mitglieder des Umschuldungsverbandes geworden sind, dürfen jedem inländischen Gläubiger einer kurzfristigen Forderung die

#### Umwandlung in Schuldverschreibungen

anbieten. Die Schuldverschreibungen werden von dem Umschuldungsverband ausgegeben, mit 4 Proz. verzinst und vom 1. Oktober 1936 ab mit 3 Proz. jährlich ersparter Zinsen getilgt. Das Opfer, das der Gläubiger dadurch bringen muß, daß er in Zukunft nur 4 Proz. Zinsen erhält, ist nur ein scheinbares, denn in den Fällen, die umgeschuldet werden, hat er nicht mehr die Gewähr, daß die Gemeinde ihren Schuldendienst erfüllt.

Die Erfüllung des Schuldendienstes der Schuldverschreibungen ist in jeder Weise sichergestellt, da, falls die Gemeinden mit ihren Leistungen im Rückstand bleiben, der Reichsminister der Finanzen die rückständigen Beträge dem Umschuldungsverband überweist und sie dann von den Steuerüberweisungen an die Länder abzieht.

Der Gläubiger braucht das Umschuldungsangebot nicht anzunehmen. In diesem Falle kann er innerhalb der nächsten fünf Jahre seine Ansprüche einschließlich des Zinsanspruchs gegen die Gemeinde nicht geltend machen. Die Zinsen werden unter Aufrechterhaltung des vertraglichen Zinsfußes dem Kapital zugeschlagen.

Wird durch diese Konsolidierung von den Gemeinden den Aufwand genommen, den die außerordentlich hohe kurzfristige Verschuldung heute darstellt, so sollen sie auf der anderen Seite eine durchgreifende Verbesserung ihres Haushalts dadurch erfahren, daß sie

#### weitgehend von den Wohlfahrtslasten entlastet

werden. Die Entlastung ist so bemessen, daß sie zusammen mit der Zinsersparnis, die bei der kurzfristigen Schuld unmittelbar eintritt und bei der langfristigen Verschuldung im Zuge der weiterhin geplanten kapitalmarktpolitischen Maßnahmen zu erwarten ist, einen entscheidenden Schritt zur Gesundung der Gemeindefinanzen darstellt. Die Reichsregierung verfolgt hierbei die Absicht, den Gemeinden wieder die Bewegungsfreiheit zu verschaffen, die sie haben müssen, um ihre wichtigsten Funktionen im Rahmen der Gesamtwirtschaft zu erfüllen.

#### Hilfe auch für die Privatwirtschaft

Ebenso wie in der öffentlichen Wirtschaft, so soll auch auf wichtigen Gebieten der Privatwirtschaft durch großzügige Maßnahmen fördernd eingegriffen werden.

Zu diesem Zweck wird der Reichsfinanzminister ermächtigt,

#### 500 Millionen Reichsmark zur Förderung von Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten

an Gebäuden, für die Teilung von Wohnungen und für den Umbau sonstiger Räume zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung ist, daß der Eigentümer das Bierfache dieses Betrages aus eigenen oder geliehenen Mitteln für die eben genannten Arbeiten aufbringt. Die Leistung des Zinsendienstes wird ihm dadurch erleichtert, daß ihm 4 Proz. des angewendeten Kapitalbetrages auf die Hauszinssteuer angerechnet werden.

#### Lastenentlastung für die Landwirtschaft

Weiter wird für die Landwirtschaft eine erhebliche Lastenentlastung vorgenommen, indem für sie die Umsatzsteuer auf 1 Proz. festgelegt wird. Außerdem wird die landwirtschaftliche Grundvermögensteuer ab 1. Oktober 1933 um einen Jahresbetrag bis zu 100 Millionen Reichsmark gesenkt.

#### Zur Förderung des Wohnungsbaues

und zur weiteren Anregung des Baumarcktes sind neue Steuerbefreiungen für neu errichtete Kleinwohnungen und Eigenheime vorgesehen.

In der Arbeitsbeschaffung wird die Reichsregierung auf energische Durchführung des bisherigen Programmes bedacht sein. Im übrigen wird sie nach der Sanierung der Gemeindefinanzen es als ihre ausschließliche Aufgabe betrachten, einzelne, große, in ihrer Wirtschaftlichkeit gesicherte und nur zentral durchführbare Vorhaben, wie Autobahnen und Ferngasleitungen, mit allen Kräften zu fördern.

#### Ein Gegenstand besonderer Sorge ist endlich die Gestaltung des Kapitalmarktes,

dessen Entwicklung die auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft eingetretene Besserung noch nicht widerspiegelt. Die Reichsbank hat bisher keine ausreichende Möglichkeit gehabt, hier helfend einzugreifen, insbesondere die ungewöhnlich starke Spannung zwischen Geld- und Kapitalmarkt zum Verschwinden zu bringen und die Zuführung offensichtlich zurückgehaltener Mittel zum Kapitalmarkt wirksam anzuregen. Die Reichsbank muß die Möglichkeit erhalten, auf dem Wege über eine entsprechende Regelung des Geldmarktes den Kapitalmarkt leistungsfähiger zu machen, seine Funktionsfähigkeit allmählich zu beleben und so das Vertrauen der Effektenbesitzer, insbesondere auf dem Gebiet der festverzinslichen Werte, in die Aufnahmefähigkeit des Kapitalmarktes zu festigen. Die Reichsbank ist entschlossen, diesen Weg zu gehen.

Der gemeinsame feste Wille der Reichsregierung und der Reichsbankleitung bietet die Gewähr dafür, daß die Reichsbank von der Erweiterung ihrer Bewegungs- und Betätigungsfreiheit nur unter gewissenhaftester Berücksichtigung der Wahrung Gebrauch machen wird. Die vorbereitenden Schritte zur Ergänzung des Bankgesetzes sind bereits eingeleitet.

Als unerläßliche Voraussetzung einer erfolgreichen Durchführung dieser Pläne steht es die Reichsregierung an,

#### das Lohn- und Preisniveau

in seinem Gesamtdurchschnitt zu erhalten. Das schließt jedoch eine Auflockerung des Lohn- und Preisgefüges in vereinzelten Fällen nicht aus.

#### Alle Maßnahmen sind auf der engen Schicksalsgemeinschaft zwischen Landwirtschaft und übriger Wirtschaft aufgebaut.

Die Reichsregierung hat mit den Wirtschaftsplänen ein Werk geschaffen, das alle Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Belebung auszunutzen sucht. Sie ist sich bewußt, daß auch dieses Werk Menschenwert ist und nicht vollkommen sein kann. Vor allem ist sie der Überzeugung, daß das Werk ohne die tatkräftige Mitwirkung aller Schichten der Bevölkerung nicht gelingen kann. Nur das Bewußtsein der großen wirtschaftlichen Not wird uns die Kraft und die Beharrlichkeit geben, die Voraussetzung für die Überwindung der heutigen Wirtschaftskrise sind. Ebenso wie die nationalsozialistische Bewegung in jahrelangem Kampf, der oft aussichtslos erschien, dadurch gestiegt hat, daß jeder einzelne an dem Gedanken am Endsieg unverbrüchlich festgehalten hat, ebenso kann der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands nur gelingen, wenn jeder einzelne vom endgültigen Erfolg zutiefst überzeugt ist und in diesem Gedanken die Hindernisse bekämpft, die sich auf dem Weg zum Enderfolg häufen.

Tragen Sie, meine Herren vom Generalrat, diese Gedanken in das deutsche Volk hinaus, dann ist kein Zweifel, daß das Endziel unseres gewaltigen Kampfes erreicht wird. Je stärker und positiver die große Anstrengung der Regierung von dem Willen und der Entschlossenheit aller Schichten des deutschen Volkes getragen wird, desto mehr wird es der Reichsregierung möglich sein, alle Einwirkungen von unserem Wirtschaftsleben fernzuhalten und einen lebendigen Beweis dafür zu erbringen, daß auch auf dem Gebiet der Wirtschaft ohne zielbewußte Führung nicht auszukommen ist.

## Der Generalrat der Wirtschaft

Der Nationalsozialismus lehnt parlamentarische Vertretungen ab. Er läßt auch keine Vertretungen von Interessenten zu, wie es der alte Reichswirtschaftsrat gewesen ist. Der alte, vom Nationalsozialismus aufgelöste Reichswirtschaftsrat, sollte aus der Vielheit der Meinungen die richtige Meinung herausfinden: wie ja der ganze Parlamentarismus auf dem Wahn beruht hat, daß durch den Zusammenprall der Interessentenmeinungen die sachlich richtige Lösung sich ergeben würde. Als ob je eine Ordnung geschaffen worden wäre, nachdem man alles ausgewühlt und erst Unordnung geschaffen hat!

Wenn der Nationalsozialismus somit auch keine Interessentenvertretung will, so verzichtet die nationalsozialistische Regierung doch nicht darauf, sich eine möglichst breite Grundlage für ihre Entschlüsse zu schaffen. Mit der Einrichtung des Generalrates der Wirtschaft wird ein doppeltes Ziel verfolgt. Der Generalrat besteht aus Männern, die alle eine Leistung aufzuweisen haben: teils haben sie in der Wirtschaft schon vor dem 30. Januar ihren Mann gestanden, teils sind es führende Parteigenossen, die sich im Kampf des Nationalsozialismus um die Macht bewährt haben und nach der Machtergreifung ihr organisatorisches Können neu bewiesen haben. Indem sie zum Generalrat der Wirtschaft zusammengefaßt worden sind, ist eine Organisation geschaffen, mittels welcher sie ihre Kenntnisse dem Führer und der Regierung zur Verfügung stellen. Ferner will der Nationalsozialismus die Verbindung zum Volk nicht nur aufrecht erhalten wissen, sondern sie so eng und fest wie möglich halten. Keine Bewegung hat die Propaganda derart beherrscht wie der Nationalsozialismus. Indem Männer, die an den verschiedensten Stellen der Wirtschaft stehen, im Generalrat der Wirtschaft zusammengefaßt werden, hat die Führung ein Mittel, sich über die Stimmung in der Wirtschaft zu unterrichten.

Man könnte meinen, daß die Führung vielleicht auch die Erfahrungen in der Wirtschaft nutzbar machen und sich über die Stimmungen in der Wirtschaft ins Bild setzen könnte, ohne eine Organisation wie den Generalrat zu schaffen. Besonders werden alle eingefleischten alten Liberalen nicht wissen, was sie vom Generalrat der Wirtschaft zu halten haben, weil er keine bestimmenden Befugnisse habe. Er hat wirklich keine: seine Mitglieder haben nur die Aufgabe, der Reichsregierung für Beratung in allen wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung zu stehen. Der Generalrat steht nur der Regierung zur Verfügung: d. h. er hat keinerlei „verfassungsmäßige Rechte“, auf die er sich gegen die Regierung stellen könnte. Der Generalrat ist nicht für sich da, sondern nur für die nationalsozialistische Regierung, entsprechend dem Grundsatz, daß die Wirtschaft dem Staate untergeordnet ist.

Aber gerade wegen des scharf ausgeprägten Führergedankens kann der Generalrat wichtigere Aufgaben erfüllen, als sie der frühere Reichswirtschaftsrat vollbracht hat. Dieser konnte überhaupt nicht produktiv arbeiten, weil er aus Interessenten zusammengesetzt war und alle gerade ihren Interessentenstandpunkt durchsetzen wollten. Der Generalrat der Wirtschaft aber ist so aufgebaut, daß in ihm nur sachlich berechnete und das allgemeine Wohl bezweckende Ansichten zur Geltung kommen können. Sowohl die Männer, die in ihn berufen sind, verbürgen das, als auch die Tatsache, daß bei dem nationalsozialistischen Führergedanken jede Interessentenmeinung sich selbst dazu verurteilt, nicht gehört zu werden.

Dafür aber wird der Generalrat unmittelbar von der Reichsregierung gehört werden, die die Macht hat, das, was sie für richtig hält, auch durchzusetzen. Die nationalsozialistische Regierung ist von keinem Parlament abhängig, das sie daran hindert, das als richtig Erkannte auch zu tun.

Es ist schon erwähnt, daß der Generalrat der Wirtschaft Männer umfaßt, die schon vor dem 30. Januar in der Wirtschaft ihren Mann gestanden haben, als auch bewährte Parteigenossen in leitenden Stellungen. Das entspricht der nationalsozialistischen Politik, die zwar den deutschen Sozialismus erstrebt, aber auch alles, was in der übernommenen Wirtschaft lebenskräftig ist, erhalten will; die das Kühnste je aufgestellte Ziel verfolgt, aber es ohne zerstörende Experimente zu erreichen bestrebt ist. Es gilt die Synthese zu schaffen, zwischen der Wirtschaftspraxis und dem nationalsozialistischen Zukunftswillen. Der Generalrat der Wirtschaft ist ein Mittel, diese Synthese vorzubereiten.

Da der Generalrat dazu da ist, der Reichsregierung zur Beratung in allen wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung zu stehen, so ruft die Reichsregierung den Generalrat auch nur dann, wenn sie diesen Rat hören will. Überflüssige Dauertagungen kennt der Nationalsozialismus nicht. Der Generalrat der Wirtschaft war am vergangenen Mittwoch einberufen. Die Bedeutung dieser Sitzung war dadurch gekennzeichnet, daß an ihr die meisten Reichsminister, die Reichsstaatssekretäre und der Reichsbankpräsident Schacht teilnahmen. Nach dem Wort des Führers soll sich die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik durch drei Etappen bewegen: die erste stellt den bisher unternommenen und mit dem bekannten großen Erfolg gekrönten Angriff gegen die Arbeitslosigkeit dar, die zweite soll das Erreichte den Winter über sichern, die dritte soll einen neuen Angriff vortragen. Die Einberufung des Generalrats der Wirtschaft bedeutet also, daß die Maßnahmen für diesen weiteren Kampf nach jeder Richtung hin systematisch vorbereitet werden.

Dr. Fritz Konnenbruch.

## Was brachte uns Steinarbeitern der Parteitag in Nürnberg?

Der Parteitag in Nürnberg ist zwar offiziell schon längst geschlossen, und dennoch stehen wir noch alle in seinem Bann.

Für jene, die ihn persönlich miterlebten, wurde er zu einem ungewöhnlichen und unvergesslichen Ereignis und dank der Rundfunkübertragung konnten weitere Millionen unserer Volksgenossen auch in der Ferne diese große historische Stunde miterleben.

Mit der der nationalsozialistischen Bewegung eigenen Kraft und Klarheit wurden die Probleme angefaßt — besprochen — und richtunggebend abgesteckt. Es war nicht ein Austausch von Redensarten, keine Auffassungen standen zur Diskussion, um in der nächsten Minute gegenteiliger Meinungen zu weichen, sondern Gedanken von fundamentaler Bedeutung erhielten ihren höchsten Ausdruck.

Und nun tritt das Bild des neuen Reichsbau deutlich und klar hervor, wie er in den nächsten Jahren erstehen wird.

Seine eigene Seele hauchte ihn aber der Führer mit seiner einzigartig genialen Rede ein:

#### „Die deutsche Kultur im neuen Reich.“

Jahre werden vergehen und noch immer werden wir aus diesem kulturpolitischen Dokument tiefgründigen Ausführungen die unvergängliche Wahrheit schöpfen können.

Gerade wir Steinarbeiter, Steinmetz- und Steinbildhauer sind auf Gedeih und Verderben mit dem kulturellen Aufstieg und Abstieg des Volkes verknüpft.

Die vorstehend angeführte Rede des Führers, die geäußerten grundlegenden Gedanken, sind gerade für uns von überragender Bedeutung, sie bilden das stärkste Rüstzeug zum nationalen Aufbau.

Seit Kriegsende mußten wir mit verhaltenem Ingrimm hilflos zusehen, wie schrittweise und dann im Eiltempo unser Beruf dem vollständigen Verfall entgegenging. Die „modernen“, innerlich nicht im Volkstum wurzelnden Elemente, unterstützt und angepornt von geschäftstüchtigen Goldschreibern, verführt durch die Sucht nach Originalität, sagten der Form, der Linie, den Verhältnissen, der Aufbaugliederung den Kampf an.

Die elementarsten Grundzüge wurden verpönt, man streifte alles ab — Glied für Glied wurde mit Begrüß und hohen Phrasen als Opfergabe dem Zeitgeist dargereicht.

Die schmutzige Fläche wurde der Abgott, keine Gesimsgliederung, kein plastischer Schmuck durfte die keusche Reinheit der Geraden trüben; der sprunghafte Verfall des Reiches begünstigte und beschleunigte den weiteren Niedergang.

Aufgerissen und aus allen beigebrachten Wunden blutend, verlor unser Handwerk vollständig den Boden, seine geschäftlichen und kulturellen Aufgaben gerieten in Vergeßlichkeit.

Die von Zeit zu Zeit an die Oberfläche gespülten Götzen erniedrigten noch weiter unseren Beruf zum Spielball ihrer Launen, und so taumelten wir, von niemand gestützt, dem gähnenden Abgrund zu. Trotzdem von altersher gerade die noch vorhandenen Reste der Steinmetz- und Bildhauerarbeiten zum Zeitpiegel wurden — das Abbild und der Ausdruck einer Kulturepoche eines Volkes, — legte man in der Nachkriegszeit keinen Wert mehr. Man fragte sich unwillkürlich, wie konnte es soweit kommen, daß gerade dieser stolze Beruf fast vollständig der Vernichtung anheimfiel.

Nichts ist wohl leichter zu beantworten als gerade diese Frage!

„Weil das deutsche Volk keine Nation mehr war.“

Und zum besseren Verständnis wollen wir die goldenen Worte des Führers folgen lassen; denn keine menschliche Ausdrucksform hat bis jetzt in so überwältigender Klarheit und Weisheit das ganze Problem aufgezeigt und ins richtige Licht gestellt.

„Gerade in einer Zeit wirtschaftlicher Nöte und Sorgen ist es wichtig, allen Menschen klar zu machen, daß eine Nation auch noch höhere Aufgaben besitzt, als im gegenwärtigen wirtschaftlichen Egoismus aufzugehen. Die Kulturdenkmäler der Menschheit waren noch immer die Altäre der Besinnung und ihre bessere Mission und höhere Würde. Wenn Völker dies nicht mehr wissen wollen, dann haben sie den besseren Bestandteil ihres Blutes bereits verloren und ihr Untergang ist nur mehr eine Frage der Zeit.“

Was müssen wir nun tun?

„Im Sinne und Geist des Führers handeln.“ Gerade mit diesem Wort handeln, wird uns schon ganz naturgemäß aufgezeigt, daß wir nun auch praktisch unsere Mission zu erfüllen haben, das heißt, wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Der Weg liegt breit und offen vor uns: Wer geht mit? Die Arme untergefaßt mit gleichem Tritt:

„Wir alle!“

Die Probleme, welche uns zur Lösung vorbehalten blieben, gipfeln in dem Glauben an uns selbst. Erfassen wir unseren Beruf wieder in überragender Bedeutung als Kulturfaktor, dann kommen wir zum Ziel. Wir werden aber dabei unendlich viel wegräumen müssen, was wir uns seit Jahren selbst in den Weg legten. Nur in der klugen, uneigennütigen Verständigung zwischen den beteiligten Kreisen, ist schon für die nächste Zeit mit einer sichtbaren Besserung zu rechnen.

Unser Handwerk muß sich selbst wieder den Platz erringen, sich frei zu behaupten trachten. Der Stolz am Geschaffenen, an Formenschönheit, Gliederung und Linie, muß erneut in uns lebendig werden, dann wird auch bei allen wesentlichen Architekten und Künstlern ihre geistige Gedankenwelt neuen Auftrieb erhalten. Möge man aber dabei auch noch den berufstüchtigen Handwerkern Raum zur eigenen Entfaltung gönnen. Behüte uns jedoch das Schicksal vor jenen, welche sich zur Umkehr rüsten.

Auch hier hat der Führer die Worte gefunden, die treffender und eindringlicher in keiner anderen Fassung möglich sind, weshalb dieselben nun folgen:

„Die Staatsführung darf auch auf kulturellem Gebiet nicht dulden, daß solche Nichtkünstler oder Gaukler plötzlich ihre Fahne wechseln und so, als ob nichts gewesen wäre, in den neuen Staat einziehen und dort auf dem Gebiete der Kunst und Kulturpolitik abermals das große Wort zu führen. Ob die Vorlesung uns alle die Männer schenkt, die dem politischen Willen unserer Zeit und seinen Leistungen einen gleichwertigen kulturellen Ausdruck zu schenken vermögen, wissen wir nicht. Aber das eine wissen wir, daß unter keinen Umständen die Repräsentanten des Verfalles, der hinter uns liegt, plötzlich die Fahnenträger der Zukunft sein dürfen.“

Aus diesem erwächst nun den maßgebenden Kreisen eine riesige Verantwortung, damit der Wille des Führers Beachtung erfährt und zur befreienden Tat wird. Das Volk wird nie endgültig gefunden, wenn es nicht seiner Schädlinge Herr wird; wir können auch hier das Unstrige beitragen und im Sinne des Führers handeln.

Wir haben sie ja noch alle frisch im Gedächtnis, welche kraft ihrer Autorität alle höheren Regungen in unserem Beruf zertrampelten, uns zu ihrer zügellosen Verirrung und Geschmacklosigkeit zwangen. Das handwerkliche Können hatte keine Bedeutung mehr, die systematische Preisgabe des gesamten beruflichen Fühlens und Empfindens war die weitere Auswirkung in diesem Vorgang. Die Steinmetz- und Bildhauerarbeiten wurden als wertlos angesehen. Die technischen Hilfsmittel konnte man ruhig die Herstellung der Werkstücke überlassen, denn dieselben wurden nicht mehr geschaffen, sondern fabriziert.

Das Fügen und Versehen der Steine wurde die ausschließliche Betätigung der Steinmetzen, den höchsten geistigen Ausdruck eines solchen „Werkes“ erreichte man ausnahmsweise durch Anbringung einer Platte oder im höchsten Fall durch eine Vase.

Was würden wohl unsere Steinmetzen sagen, welche die unvergänglichen, in ihrer Art unerreichten deutschen Dome schufen.

Die Steinbildhauer, andere Zeiten gewöhnt, für weitere Ausbildung stets besorgt, gingen schweren Herzens an die Ausführung ihrer Schalen, jeden Verhältnis hohnsprechenden Gebilde. Nicht genug, dem Mangel an Form und Inhalt folgte nun auch noch die Ausführung. Nur jene, welche der Bearbeitung des Steines unkundig, wurden in ihrer Art als Leuchten gepriesen, ihre Ausführung als Vorbild geschätzt. Die technische Meisterung des Materials verfiel der Mißachtung. Was in dieser Richtung die maßgebenden Persönlichkeiten von Staat und Schule in all den Jahren verbroschen haben, würde Bände füllen. Und dann wundert man sich, daß das Publikum mit gesundem Volksempfinden sich abwendet, angeekelt von diesen Produkten, die den raffischen und künstlerischen Verfall so augenfällig demonstrieren; keine Aufträge mehr erteilen, da sie für diese „zeitgemäße Kunst“ kein Verständnis besitzen. Deutschlands Leidenszeit wird gekürzt, je schneller es gelingt, sich dieses undeutschen Geistes zu erledigen und man diese Schädlinge aus Körperhaft und Schultube verdrängt.

Wenn nunmehr rechte, beständige deutsche Kultur und Kunst mit deutschem Empfinden seine Stimme erhebt, dann haben wir es geschafft, dann erhält unser Beruf seine kulturelle Bedeutung zurück und wird, wie einst, wieder zum geachteten Handwerk, das einen auskömmlichen Verdienst abwirft und vor allen Dingen innere Befriedigung auslöst.

J. N.

## Wochenlöhne - Kurzarbeit - Saisonschwankung und Siedlung

Von Dr. Franz Goerzig.

Meine Stellungnahme zur Frage der Wochenlöhne\*) hat in der Tagespresse und in den Betrieben starken Widerhall gefunden. Wie stark man sich schon bei den Betriebsleitungen mit der Frage der Ablösung der Stundenlöhne durch Wochenlöhne beschäftigt, zeigten vor allem die Hinweise verschiedener Betriebsleitungen auf Schwierigkeiten, die sich ihrer Ansicht nach mit Rücksicht auf die besondere Eigenart ihrer Betriebe der Einführung der Wochenlöhne entgegenstellen. Bei näherer Erörterung dieser Bedenken zeigte sich jedoch fast überall, daß die Schwierigkeiten keineswegs unüberbrückbar sind, und daß der Übergang von den Stundenlöhnen zu Wochenlöhnen auch dort nicht nur der Gesamtwirtschaft und der Volksgemeinschaft, sondern auch den beteiligten Betrieben und Arbeitern gewichtige Vorteile bringt, wo man bei übersichtlicher Prüfung nur Schwierigkeiten sieht.

Seitens der Betriebsleitungen ist vor allem der Einwand erhoben worden, bei der Unübersichtlichkeit der Konjunkturschwankungen werde den Betrieben eine sichere Kalkulationsgrundlage entzogen, wenn man die Beschäftigung der Arbeitnehmer von den Stundenlöhnen auf Wochenlöhne umstelle und wenn man damit gleichzeitig, wie es im Wesen des Wochenlohnprinzips liege, auch das Risiko eingehen müsse, den Wochenlohn auch bei unvermeidbarem Ausfall von Arbeitsstunden zahlen zu müssen. Man befürchtet weiter, die Arbeitnehmerschaft habe sich bereits so stark an die Entlohnung nach Einzelarbeitsstunden gewöhnt, daß man auch nach Einführung der Wochenlöhne für jede über die normale Arbeitszeit hinaus geleistete Arbeitsstunde eine Sonderzahlung beanspruchen werde, so daß die Wochenentlohnung auf eine einseitige Belastung der Betriebe hinauslaufen könne, weil die Betriebe bei Arbeitszeitausfällen, Betriebs- und Abfallstopfungen die vollen Wochenlöhne weiterzahlen müßten und bei saisonmäßigem Ansteigen des Arbeitsbedarfes zur Vermeidung von Schwierigkeiten doch nach Stunden bemessene Sonderzuschläge zahlen müssen.

Bei diesen Einwendungen wird zunächst der Grundgedanke des Wochenlohnprinzips im Sinne des nationalsozialistischen Programms verkannt. In dem Übergang vom Stunden- zum Wochenlohn soll vor allem die innere Verbundenheit aller an Betriebe Beteiligten, der Gedanke der Betriebsgemeinschaft und der solidarischen Zusammengehörigkeit des Betriebsinhabers und der Belegschaft zum Ausdruck kommen. Hat sich die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft reiflos auf diesen Gedanken der Betriebsverbundenheit umgestellt, so ist für eine kleinliche und eigennützte Auszählung der Arbeitsminuten und Arbeitsstunden kein Raum mehr, sondern richtunggebend ist dann das Ziel, durch eine gesunde, allen Beteiligten gerecht werdende Betriebspolitik und Betriebswirtschaft den Arbeitnehmern des Betriebes ein angemessenes Gesamtverdienst zu gewährleisten und durch ein erfolgreiches Arbeiten des Betriebes dem Arbeitgeber die Möglichkeit der Gewährung ausreichender Einkommenssätze an die Arbeitnehmer zu geben. Im übrigen hat die Arbeitnehmerschaft m. E. durchweg aus den Erfahrungen der letzten Jahre die Überzeugung gewonnen, daß es für sie viel wertvoller ist, eine sichere gleichbleibende Arbeits- und Verdienstmöglichkeit zu behalten als bei mathematisch genauer Berechnung der Arbeitsverdienste nach tatsächlichen Arbeitsstunden in Zeiten der Arbeitshäufung ein etwas größeres Einkommen zu erzielen, dafür aber in Zeiten des Rückganges der Beschäftigung ganz arbeits- und einkommenslos und auf öffentliche Unterstützung angewiesen zu sein. Es ist mir auch wiederholt

von Arbeitnehmerseite bestätigt worden, daß die Arbeitnehmer für die Gewißheit einer gleichmäßigen sicheren Arbeits- und Verdienstmöglichkeit gerne auf kleinliche Überstundenberechnungen verzichten wollen.

Es kann auch nicht als stichhaltig anerkannt werden, daß eine gesunde Kalkulation durch den Übergang von der Stunden- zur Wochenentlohnung unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert wird. Es ist richtig, daß der Betrieb bei der Kalkulation einen Lohnrisikozuschlag für Arbeitsausfallstunden nicht einzusetzen braucht, wenn die Arbeitnehmer bei Stundenbezahlung nur für die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden die Entlohnung beanspruchen können. Der Betrieb muß aber auch für Maschinen, Gebäude usw. die gesamten Wochen-, Monats- und Jahreskosten bei der Kalkulation auf die tatsächlichen Arbeitsstunden und Produktionsmengen umrechnen. Er hat auch hierfür entsprechende Kalkulationsmethoden ausgearbeitet, und es ist nicht einzusehen, warum diese zugunsten totor Gegenstände möglichen Kalkulationsmethoden dann unanwendbar sein sollen, wenn sie zugunsten der menschlichen Arbeitskräfte, also der höchsten volkswirtschaftlichen Güter angewandt werden sollen. Zudem werden diese Kalkulationschwierigkeiten wesentlich geringer, wenn die Wirtschaft allgemein zu der Wochenentlohnung übergeht, da ja dann alle Betriebe in bezug auf die Lohnanteile von den gleichen Entlohnungsgrundlagen ausgehen müssen, und endlich steht dem Ausfallrisiko auch die ausgleichende Wirkung der Wochenentlohnung in bezug auf Arbeitsausfälle einerseits und Mehrarbeit andererseits gegenüber.

Größere Schwierigkeiten bereiten die Saisonschwankungen und notwendig werdenden Kurzarbeitsmaßnahmen. Bei verständnisvoller Zusammenarbeit aller Beteiligten lassen sich aber auch diese Schwierigkeiten in der Regel überwinden. Besonders leicht ist dies bei Betrieben, die mit ziemlich gleichmäßigen Saisonschwankungen zu rechnen haben und bei denen der Bedarf an Arbeitskräften und Arbeitsstunden für die einzelnen Zeitabschnitte ungefähr vorausgesehen werden kann und bei denen infolgedessen auch der Jahresdurchschnitt der Arbeitsmöglichkeiten ungefähr berechnet werden kann. Hier bietet sich in den meisten Fällen die Möglichkeit, die Belegschaftsziffer der durchschnittlichen Jahresverträge dahingehend abzuschließen, daß die Stammbesetzung in Zeiten saisonmäßigen Anstieges des Arbeitsbedarfs zu verstärkter Arbeitsleistung und längeren Arbeitszeiten herangezogen wird, um dafür in den saisonstillen Zeiten verkürzt zu arbeiten oder die Arbeit auszusetzen. Man kann dann in die stillen Zeiten den Jahresurlaub legen und die Überarbeit in den Zeiten der Saisonsteigerungen ausgleichen gegen die Kurzarbeits- und Ausgleichszeiten in den saisonstillen Monaten. Selbst wenn man in solchen Fällen der Arbeitnehmerschaft nur eine Durchschnittswochen-Arbeitszeit garantiert und der Wochenentlohnungen zugrundelegen kann, die hinter der normalen Arbeitszeit von 40 oder 48 Stunden zurückbleibt, so hat für die Arbeitnehmerschaft eine solche Regelung den großen Vorteil, daß den Familien ein gleichbleibendes Wochenlohn während des ganzen Jahres garantiert bleibt.

Eine solche Regelung kann auch vorteilhaft mit einer gesunden Siedlungspolitik verbunden werden. In vielen Wirtschaftszweigen fällt beispielsweise die Zeit des saisonmäßigen Anstieges des Arbeitsbedarfs in die Wintermonate, während in den Sommermonaten wenig oder nichts in den betreffenden Betrieben zu tun ist. Hier kann man durch Abschluß von Jahresdienstverträgen mit gleichbleibenden Mindestlöhnen die Siedlungspolitik wesentlich fördern, indem man der Arbeitnehmerschaft durch Gewährung von arbeitsfreien Tagen, Wochen oder Monaten die Möglichkeit gibt, ihre Gärten und Felder zu bearbeiten und durch gleichmäßige Verteilung der Gesamtjahresentlohnung auf die einzelnen Wochen den Familien gleichzeitig eine gleichbleibende Bareinnahme sichert. Gerade für die auf dem Lande ansässige oder neu anzufindende Arbeitnehmerschaft würde es eine wesentliche, der Landflucht entgegenarbeitende Erleichterung bedeuten, wenn sie auf diese Weise die eigene Siedlungsarbeit mit der Fabrikarbeit verbinden könnte.

Man hat eingewandt, ein solches System der Wochenentlohnung mit gleichbleibendem Jahresdurchschnitt könne leicht zu einer Ausbeutung der Arbeitnehmerschaft und zu einer unkontrollierten Heranziehung zu Mehrarbeit und Überarbeit in Zeiten des saisonmäßigen Anstieges des Arbeitsbedarfs führen. Auch aus diesem Einwand spricht zunächst wiederum eine ungenügende Einfühlung in den nationalsozialistischen Grundgedanken der Betriebs- und Volksverbundenheit, der ein eigennütziges Übervorteilen der einen Gruppe durch die andere verbietet. In dem Maße, in welchem der Gedanke der Betriebs- und Volksverbundenheit praktisch mehr Fuß faßt, wird auch dieser Einwand gegenstandslos werden. Auch wird die Selbstkontrolle der Organe des ständischen Aufbaues und die geplante Einrichtung der Standesgerichte eigennützigem Auswüchsen wirksam vorbeugen. Selbstverständlich schließt auch der Übergang zu Wochenlöhnen auf der Grundlage eines Jahresdurchschnitts nicht aus, daß bei außergewöhnlichem Ansteigen des Arbeitsbedarfes Mehrvergütungen gezahlt werden, soweit nicht der Spitzenbedarf an Arbeitsstunden durch vorübergehende Einstellungen abgedeckt wird. Man müßte allerdings nach Möglichkeit zur Vermeidung einer Beunruhigung des Arbeitsmarktes die Stammbesetzung möglichst so berechnen und ausnutzen, daß der Mehr- und Minderbedarf an Arbeitskräften sich innerhalb des Betriebes selbst ausgleicht, da dadurch eine gesunde Siedlungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik erleichtert wird.

Auch in Saisonbetrieben ist also der Übergang von der Stunden- zur Wochenentlohnung durchaus möglich.

Daß mit dem Wochenlohnprinzip auch die guten Seiten einer Leistungsentlohnung verbunden werden können, soll demnächst in einem besonderen Aufsatz gezeigt werden.

\*) „Warum Wochenlöhne“, „Der Steinarbeiter“, Nr. 34.

# Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Kalkes

Neben Eisenerzen, Kohle, Kali und Holz gehört der Kalk in seinen verschiedenen Formen zu den am meisten benötigten Rohstoffen der Volkswirtschaft. Die Wirtschaftszweige, in denen er hauptsächlich verwendet wird, sind das Baugewerbe, die Kalk verbrauchenden Industrien und die Landwirtschaft.

Der Kalkstein ist seit alters als Baustoff hochgeschätzt. Seine Dauerhaftigkeit beweisen die aus Nummulitentalk errichteten Pyramiden Ägyptens. Heute dient er ebenso im Hochbau wie im Straßen-, Eisenbahn- und Wasserbau, als Werkstoff zu Fassaden, Brunnenbecken, Treppentufen. Wo es besondere Schmutzwirkung zu erzielen gilt, wird seine Unterart, der Marmor, bevorzugt. Die schieferigen Kalksteine von Solnhofen benützt man als lithographische Steine, aber auch zum Belegen von Hausfluren und Dächern. Am bekanntesten aber ist der Kalk als Bindemittel für Steine, als Mörtel, wozu er unter Zusatz von Wasser und Sand verarbeitet wird. Aus einer Mischung von Kalk und Ton besteht der Zement und ohne Kalk gibt es keinen Beton. Ferner ermöglicht der Kalk die Erzeugung eigener Baumittel in Gestalt von Kalksteinen, Schwemm- und Schlackensteinen, und endlich wird er zum Fuß und Bewurf von Häusern gebraucht.

Weniger bekannt aber nicht weniger gering ist der Kalkbedarf in verschiedenen anderen Industrien neben dem Baugewerbe. So bedarf seiner in größtem Umfange die Eisenhüttenindustrie als Zuschlag bei der Eisengewinnung im Hochofen. Zur Herstellung von 1000 kg Roheisen sind nicht weniger als 500 kg Kalkstein erforderlich. Nachdem wir im Kriege die kalkreichen lothringischen Minette-Erze eingebüßt haben und größtenteils auf die Verarbeitung von kalkarmen schwedischen Erzen angewiesen sind, muß Kalkstein noch mehr als früher zugelegt werden. Auch die Blei-, Kupfer- und Nidelerze werden in ähnlicher Weise mit Kalk aufgeschmolzen. In den Kupol- und Plammöfen der Eisengießereien braucht man für das Umschmelzen des Roheisens ebenfalls Kalkzusaß, um verunreinigende Beimengungen im Schmelzfluß zu beseitigen. Aber nicht nur als Zuschlagsstoff, um die Trennung des Metalls von dem Gestein zu erleichtern, braucht man Kalk, sondern auch zur Ausfütterung der Bessemerbirnen im Thomasverfahren und der Siemens-Martin-Ofen. Er wird dabei in der Form des Branntkalkes verwendet und hat die Aufgabe, die durch die Verbrennung des im Roheisen enthaltenen Phosphors entstehende Phosphorsäure zu binden. Die sich dabei ergebenden Abfälle werden u. a. zu Hochofenzement verarbeitet, während die aus dem Thomasverfahren anfallende Schlacke als Thomasmehl ein geschätztes Düngemittel in der Landwirtschaft bildet. Eine Sonderstellung nimmt in der Stahlindustrie die Dolomit genannte Kalkart ein. Dank seiner natürlichen Verbindung von kohlensaurem Kalk und kohlensaurer Magnesia eignet sich der Dolomit hervorragend als feuerfestes Futter für die Bessemerbirnen, die, mit ihm gefüttert, 400 bis 600 Beschickungen aushalten können. Die Eisen- und Stahlindustrie vermag ohne Kalk nicht zu bestehen, und es ist verständlich, wenn die Hütten im Ruhrgebiet und Oberschlesien immer größeren Einfluß auf leistungsfähige Kalkwerke zu gewinnen erstreben. Würde ein Verfall der Kalkindustrie die Eisenhütten zum Erliegen bringen, so schädigt umgekehrt ein Rückgang der Eisen- und Stahlindustrie das Kalkgewerbe ganz außerordentlich.

Ebenso wichtig wie für die Hüttenindustrie sind Roh- und Branntkalk für die Keramik zur Herstellung von Glasuren und Steingut. In der Glasindustrie dient Kalk zur Anfertigung von Fensterglas, Flaschen, Spiegelscheiben, Kristallglas.

Eine große und mannigfaltige Aufgabe kommt dann dem Kalk in der chemischen Industrie und in den verwandten technologischen Gewerben zu. So vielseitig die chemische Industrie ist, so vielseitig ist auch die Verwendung des Kalkes durch sie. Neben der Schwefelsäure ist der Ätzkalk, trocken verwendeter gebrannter Kalk, der unentbehrlichste Hilfsstoff geworden. Kalk wird gebraucht zur Herstellung von Soda, von gewissen Farbstoffen, von Chloralkali, von Äthylalkohol, von Kaliumcyanid, von Kalkstickstoff usw., und zwar in nicht geringen Mengen. So werden zur Erzeugung von 1000 kg Äthylalkohol und Chloralkali je 500 kg Ätzkalk, von 1000 kg Soda 600 kg Ätzkalk benötigt. Bei der Leuchtgasbereitung findet Kalk zur Bindung des Schwefelwasserstoffes, zur Reinigung des Rohgases und zur Weiterverarbeitung von Ammoniakwasser Anwendung. Ein wichtiger Abnehmer von Kalk ist weiter die Zuckerindustrie, wo der Kalk bei der Reinigung des Zuckersaftes wie bei der Zuckerraffinierung eine große Rolle spielt. Zur Herstellung von 1000 kg Zucker werden 368 kg Kalkstein gebraucht. Nützliche Dienste leistet der Kalk weiter durch die Reinigung des Trinkwassers und das Klären schädlicher Fabrikwässer, zum Verfeinern von Fetten und Ölen, in der Seifen-, Kerzen-, Glyzerinherstellung, bei der Herstellung von Hartgummi, Farben, Leim, in der Gerberei zum Enthaaren von Fellen, in der Bleicherei und Färberei. In der Papierindustrie braucht man zur Erzeugung von 1000 kg Zellstoff 200 kg Kalkstein. Endlich dient Kalk in den verschiedensten Formen als Mittel zur Schädlingsbekämpfung und Vernichtung von Krankheits- und Ansteckungsstoffen und in der Heilkunde.

Der dritte große Verbraucher von Kalk, die Landwirtschaft, benötigt den Kalk zum Düngen. Der Kalk ist ein unbedingt notwendiger Pflanzennährstoff und am Aufbau der Pflanzen unmittelbar beteiligt. Kalzium, Phosphorsäure und Stickstoffdüngung kommen nur dann genügend zur Auswertung, wenn den Pflanzen genügend Kalk zur Verfügung steht. Der Kalk ist aber nicht bloß Pflanzennährstoff, sondern verbessert auch den Boden, und diese Eigenschaft ist noch wichtiger als die als Nährstoff. Der Kalk macht die dem

Pflanzenwachstum schädlichen Bodensäuren unwirksam und regt das Bakterienleben und die Stickstoffausschließung an. Schließlich ist der Kalkgehalt auch bedeutend für die Bildung und Erhaltung der Krümelung des Bodens. Von allen Bestandteilen des Bodens übt der Kalk die stärksten Einflüsse auf dessen physikalische und chemische Eigenschaften aus. Von den 1931 an die deutsche Landwirtschaft gelieferten künstlichen Düngemitteln bestanden 43 Prozent aus Branntkalk und kohlensaurem Kalk. Neuerdings bedient man sich des Kalkdüngers auch in der Fischzucht, sein Nutzen soll hier in der Gesunderhaltung des Wassers und der Verhinderung von Fischkrankheiten bestehen.

In der Abnahme von Kalk als Verbraucher nimmt das Baugewerbe mit rund 40 Prozent den ersten Platz ein. An zweiter Stelle steht die Eisen- und Stahlindustrie mit 28 Prozent. Es folgen die Landwirtschaft mit 15 Prozent, die Kalkstickstoffindustrie mit 8 Prozent, die übrigen chemischen Industrien mit 6 Prozent. —dt.

## Die neuen Reichsarbeitsrichter

Zu Reichsarbeitsrichtern (nichtrichterliche Beisitzer des Reichsarbeitsgerichtes aus dem Kreise der Arbeitnehmer) sind aus der Deutschen Arbeitsfront berufen worden u. a.: Ludwig Bruder, Stellv. Führer des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter, Erich Klapper, Stabsleiter der NSD.-Leitung, ferner von den Abteilungsleitern des Gesamtverbandes der Deutschen Arbeiter: Dr. Jängel, Leiter der Abteilung für Arbeitsschutz, Landesamtsrat Anders, Leiter der Abteilung Sozialversicherung, Mende, Leiter der Abteilung für Arbeitsrecht, ferner von den Verbandsleitern: Karwahn, Verbandsleiter des Deutschen Fabrikarbeiterverbandes; Wolfersdörfer, Verbandsleiter des Deutschen Arbeiterverbandes des Nahrungsmittelverbandes; Piontek, Verbandsleiter des Deutschen Steinarbeiterverbandes; Coler, Verbandsleiter des Deutschen Arbeiterverbandes des graphischen Gewerbes; Stein, der Fachschaftswart des Deutschen Arbeiterverbandes der öffentlichen Betriebe für Reichs- und Staatsbetriebe und -verwaltungen, endlich auch Spangenberg, der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront für Brandenburg.

\* \* \*

**Wegen unwürdiger Behandlung von Arbeitern ins Konzentrationslager.** Wie die „Hofheimer Zeitung“ berichtet, ist der Betriebsleiter Ackermann vom Basaltwerk Westberg wegen unwürdiger Behandlung von Arbeitern verhaftet und dem Konzentrationslager Breitenau zugeführt worden.

## Verbandsamtliche Mitteilungen

Erst durchlesen — dann anfragen!

### Verlorengegangene Mitgliedsbücher

Das Verbandsbuch 43 117 auf den Namen Karl Wittig, das Verbandsbuch 43 023 auf den Namen Gustav Luthardt sowie das Verbandsbuch 50 120 auf den Namen Heinrich Trautwein sind verlorengegangen und werden hiermit für ungültig erklärt. Adler, Verbandschriftwart.

### Betr. Zeitungsverband

Auf Grund meiner Bekanntgabe in Nr. 37 des „Steinarbeiters“ sind mir von zahlreichen Ortsgruppen Meldungen eingegangen mit Angaben von Einzellempfängern. Wegen der Vereinfachung und der Übersicht des Verbandes müssen die Einzellempfänger in Zukunft von der betreffenden Ortsgruppe aus beliefert werden. Die Angabe von Einzellempfängern wird in Zukunft nicht mehr berücksichtigt. Die Empfangsstellen von Stützpunkten innerhalb von 5 Kilometer Entfernung sind mit der Ortsgruppe zusammenzulegen. Es dürfen nur soviel Verbandszeitungen angefordert werden, wie Mitglieder vorhanden sind.

### Betr. „Kalender der Deutschen Arbeit“

Trotz der mehrfach erschienenen Anweisung, die Bestellungen auf die Kalender für 1934 **ortsgruppenweise über die Kreisleiter und Verbandsbezirksleiter** an die Verbandsleitung gesammelt einzusenden, erhalte ich immer noch Einzelbestellungen nach hier gefandt. In Zukunft werden derartige Bestellungen nicht mehr berücksichtigt. Ich bitte um genaueste Beachtung meiner Anweisung.

Hoerisch, Verbandspressewart.

### Mitteilungen aus den Bezirken u. Ortsgruppen

#### Verbandsbezirk I, Ostpreußen.

**Königsberg.** Am Freitag, dem 6. Oktober 1933, 19 Uhr, findet im großen Saal des „Hauses der Arbeit“ eine Versammlung des Deutschen Steinarbeiterverbandes statt. Es spricht der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront Pg. Duschön. Erscheinen Pflicht! Unorganisierte Volksgenossen mitbringen.

#### Verbandsbezirk II, Schlesien.

#### Betr. Statistik-Karten.

Die meisten Ortsgruppen des Bezirkes Schlesien sind in der Einreichung der von der Verbandsleitung erwünschten Statistik-Karten stets im Rückstand. Ich mache letztmalig darauf aufmerksam, daß die von der Verbandsleitung herausgegebenen Anordnungen, ganz gleich welcher Art, unbedingt fristgemäß einzuhalten sind. Im andern Falle

werde ich in Zukunft gegen Nachlässige und solche, die glauben gegen die Anordnungen verstoßen zu können, energisch einschreiten.

Scheuermann, Verbandsbezirksleiter.

**Waldenburg.** Am Sonnabend, dem 7. Oktober 1933, 19 Uhr, findet im Gasthaus „Fürst Blücher“ eine Steinarbeiter-Versammlung statt. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

#### Verbandsbezirk III, Berlin-Brandenburg.

**Spandau.** Ab Mittwoch, dem 20. September 1933, findet der Jahlabend in Spandau jeden Freitag von 18 bis 20 Uhr im Restaurant von Ewald Paul, Spandau, Hafenplatz 103, statt.

#### Verbandsbezirk XIII, Südwestdeutschland.

**Stuttgart.** Am Sonntag, dem 1. Oktober, findet im Restaurant Kiegraf, Kanzeistraße, eine Versammlung statt. Beginn 21 Uhr. Pünktliches sowie vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

### Gestorben

**Berlin-Buch.** Am 16. September der Schleifer Wilhelm Heppner an Bluterguß und Herzschwäche. Alter 63 Jahre.

**Obelsbach.** Am 8. September der Steinmetz Mathäus Hartlieb an Lungenkrebs. Alter 52 Jahre.

**Järschau.** Am 1. September der Brecher Wilhelm Hoffmann infolge eines Lungenleidens. Alter 63 Jahre.

**Langenhennersdorf.** Am 21. August der Brecher Ernst Friedrich Lehmann infolge eines Lungenleidens.

**Obernkirchen.** Am 30. August der Brecher Friedrich Krome infolge eines Betriebsunfalles. Alter 42 Jahre.

**Pirna.** Am 9. September der Steinmetz Karl Wirfner an Lungentuberkulose. Alter 46 Jahre.

**Sommerhausen.** Am 29. August Lorenz Henning infolge eines Unglücksfalles. Alter 60 Jahre.

**Murzen.** Am 5. September der Steinmetz Fritz Kößler an Mastdarmkrebs. Alter 59 Jahre.

**Blöschau.** Am 15. September der Rentenempfänger August Wernicke an Altersschwäche.

Ehre den deutschen Arbeitssorgen!

## Für den Feierabend

**Reichsinnenminister Dr. Frick.** Von Reg.-Rat Dr. Fabris c. u. s. Verlag Deutsche Kultur-Wacht, Berlin-Schöneberg, Mühlenstraße 9. Preis kart. 1.— RM., auf Kunstdruckpapier in Ganzleinen geb. 2.— RM.

In anschaulichen Bildern schildert uns das — auch mit photographischen Beigaben reich versehene — Büchlein die ungewöhnlichen Lebensschicksale des Reichsinnenministers. Es bietet weit mehr als einen bloßen Lebensabriß. Es zeigt, wie die Taten und Ereignisse im Leben Fricks naturnotwendig herauswachsen aus dem großen historischen Zeitgeschehen, wie aber zugleich die Persönlichkeit machtvoll in dieses Geschehen eingreift und aus eigener Kraft mitgestaltet.

Der psychologischen Vertiefung des Frickschen Charakter- und Lebensbildes ist es sehr zuzutragen gekommen, daß der Verfasser, selbst wie Frick Beamter und Jurist und gleichwohl nationalsozialistischer Revolutionär, aus eigenen, verwandten Seelenerlebnissen schöpfen konnte. Zudem hat der Verfasser in Thüringen, wo er nach seiner Wahregung durch die Berliner Wachtzähler zunächst Zuflucht fand, und später als Abgeordneter und Fraktionsgeschäftsführer im Reichstag reichlich Gelegenheit gehabt, vom Wesen und Wirken des Reichsinnenministers unmittelbare und lebendige Eindrücke zu empfangen.

**Reichsminister Dr. Goebbels.** Von Willi Krause. Verlag Deutsche Kultur-Wacht, Berlin-Schöneberg, Mühlenstraße 9. Preis kart. 1.— RM., auf Kunstdruck in Ganzleinen geb. 2.— RM.

Willi Krause, Chef vom Dienst des Berliner „Angriff“, bekannt durch seinen Kampf gegen die Berliner Korruptionisten des verfallenen Systems, einer der engeren Mitarbeiter Dr. Goebbels', hat über den Reichsminister für Propaganda und Volksaufklärung ein Buch geschrieben, das in ganz neuer Art die Persönlichkeit des Ministers umreißt.

Ausgehend von kleinen persönlichen Eindrücken und Erlebnissen kommt der Verfasser zu abgerundeten Bildern, die den Redner, den Künstler, den Propagandafachmann, den Volksmann zeigen und in ihrer Gesamtheit einen lebendigen und umfassenden Eindruck vom Menschen Dr. Goebbels vermitteln.

Ein Buch, das frisch erzählend und mit einer bezwingenden Leidenschaftlichkeit geschrieben ist, getragen von jenem Geist, der die Bewegung Adolf Hitlers groß gemacht und zum Siege geführt hat.

Mit seinen ausgewählten Photobeigaben gehört dieses Buch in die Hand jedes Deutschen, der mit der Zeit leben und schaffen will.

### Granit- und Marmorläger

für große Trennsäge und Vollgatter gesucht. Werkzeugschmied auf Granitsteinen bevorzugt.

### Granitschleifer

für Maschine und Hand sofort gesucht.

Marmorwerk und Steinwarenfabrik  
P. Sellert & Co., GmbH., Halle a. d. S.,  
Ludwig-Buchcrer-Strasse 57

Verlag und Herausgeber: Deutscher Steinarbeiter-Verband (Verbandsleiter A. Piontek), Berlin W 9, Königin-Augusta-Strasse 12. — Verantwortlich für die Schriftleitung: Armin Herisch, Berlin W 9, Königin-Augusta-Strasse 12. — Druck: Buchdruckwerkstätte G. m. b. H., Berlin SW 61, Dreibundstraße 5.